

## „SUCHT DER STADT BESTES“

### Zur Verantwortung der Christen in Staat und Gesellschaft

Ende Juni hat die Evangelische Allianz in Deutschland (DEA) eine Stellungnahme zur Verantwortung der Christen in Staat und Gesellschaft veröffentlicht. Das knapp 30 Seiten umfassende Papier wurde maßgeblich von Dr. Horst Afflerbach, Dr. Stephan Holthaus und Prof. Dr. Thomas Schirmmacher erarbeitet.

„Manche aktuelle Kritik an den ‚Evangelikalen‘ in den Medien, die einseitig einzelne Aspekte unseres gesellschaftlichen Engagements aus dem Zusammenhang reißen und damit falsch interpretieren, erfordern

eine umfassendere Stellungnahme dessen, was uns wichtig ist“, betonte der Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz, Hartmut Steeb, anlässlich der Veröffentlichung der vom Hauptvorstand der Deutschen Evangelischen Allianz verabschiedeten Erklärung.

Mit der Stellungnahme „Sucht der Stadt Bestes“ reagiert die Evangelische Allianz zudem auf eine zunehmende Bereitschaft unter Christen, gesellschaftliche und politische Verantwortung zu übernehmen. „Die

Allianz-Bewegung versteht sich grundsätzlich als konstruktiv-kritische Begleiterin aller Regierungen und Parteien, unabhängig davon, welchem politischen Spektrum sie angehören. Immer wieder wird es Situationen geben, in denen Überzeugungen von Regierungen im Kontrast zu Überzeugungen der christlichen Ethik stehen. Christen der Evangelischen Allianz sehen es als ihre politische Verantwortung an, in diesen Fällen respektvoll ihre Positionen ins Gespräch zu bringen“, so die Evangelische Allianz.

### Trennung von Staat und Kirche

In der Stellungnahme wird der freiheitliche Verfassungsstaat der Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich bejaht. Dabei lehnt die Evangelische Allianz Forderungen nach einem „christlichen Staat“ ab, betont die bewährte Trennung von Kirche und Staat, fordert aber auch die Parlamentarier und die Regierung auf, sich der christlichen Wurzeln der modernen Demokratie zu erinnern, sie zu fördern und sich davon leiten zu lassen. Wörtlich heißt es in der Stellungnahme: „Die klare Unterscheidung zwischen dem geistlichen

Auftrag der Kirche und dem weltlichen Auftrag des Staates ist elementar. Nach unseren Überzeugungen darf sich weder der Staat anmaßen, als totalitäre Ideologie alle Lebensbereiche seiner Bürger zu bestimmen, noch die Kirche, weltliche Herrschaft im säkularen Staat ausüben zu wollen.“

### Einsatz für Menschenrechte und Religionsfreiheit

Zu den Grundüberzeugungen der Evangelischen Allianz gehören seit ihrer Gründung 1846 außerdem der Einsatz für weltweite Menschenrechte

und Religionsfreiheit, auch für andere Religionen, für den Lebensschutz und die friedliche Beilegung von Konflikten. „Christen der Evangelischen Allianz sehen wie viele andere eine besondere Verantwortung für die Schwachen und Ausgegrenzten in der Gesellschaft. Sie wenden sich gegen jede Form von Rassismus und beugen sich unter die Schuld der Christenheit, in der Vergangenheit Rassismus gefördert, unterstützt oder geduldet zu haben. Jede Form von Sklaverei, auch in der modernen Form der Ausbeutung und des Menschenhandels, ist ein Verstoß gegen die Menschenwürde. Hass gegen Minderheiten,



Juden oder Ausländer widerspricht diametral der biblischen Ethik und ist Schuld vor Gott und den Menschen“, so die Evangelische Allianz. Der Verband fordert zudem, Menschen mit Behinderung stärker als bisher am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen und kündigte an, sich für dieses Ziel verstärkt in Gemeinden und Werken aktiv einzusetzen.

*„Wir bekräftigen die Religions-, Gewissens- und Versammlungsfreiheit, nicht zuletzt auch in Anbetracht der eigenen verhängnisvollen Geschichte der Christenheit mit ihrer gewaltvollen Unterdrückung von Menschen anderer Religionen, aber auch angesichts der heutigen Christenverfolgungen in vielen Ländern der Welt. Wir fordern die Bundesregierung nachdrücklich auf, sich für verfolgte Christen weltweit einzusetzen. Die Religionsfreiheit muss auch die Freiheit zum Religionswechsel beinhalten.“*

*„Zur Religionsfreiheit gehört auch das Recht auf öffentliche Darstellung des Glaubens, auf friedliche Mission und auf Religionswechsel. Christen der Evangelischen Allianz wollen so unter der Wahrung der Menschenwürde des Anderen ihre Botschaft von der Liebe Gottes „in Sanftmut und Ehrerbietung“ (1. Petrus 3,15f.) weitergeben.“*

## Schutz von Ehe und Familie gefordert

Explizit plädiert die Evangelische Allianz für den Schutz von Ehe und Familie. „Ehe und Familie sind nach unserer Überzeugung gottgegebene Ordnungen und elementar für das harmonische Zusammenleben der Menschen. Sie sind Eckpfeiler der Stabilität der gesamten Gesellschaft. Die Ehe ist ein lebenslanger Bund zwischen Mann und Frau, der von Liebe, Fürsorge, Treue und Solidarität geprägt sein soll“, heißt es in der Stellungnahme. Daher wendet sich die Evangelische Allianz „gegen Versuche, gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften der im Grundgesetz herausgehobenen Stellung der Ehe gleichzustellen, auch wenn wir respektieren, dass sich das Rollenverständnis der Geschlechter im Laufe der Geschichte

immer wieder verändert“. Christen werden aufgerufen, Vertreter mit einer anderen geschlechtlichen Orientierung mit Respekt und Würde zu begegnen. Praktizierte Homosexualität wird allerdings als unvereinbar mit der biblischen Ethik angesehen. In der Stellungnahme „Sucht der Stadt Bestes“ spricht sich die Evangelische Allianz zudem gegen jede Form der Diskriminierung aufgrund von ethnischer Herkunft, Religion, Geschlecht oder geschlechtlicher Orientierung aus. Der Verband plädiert für das Lebensrecht eines jeden Menschen und spricht sich daher gegen Abtreibung und die Tötung von menschlichen Embryonen sowie aktive Sterbehilfe aus.

*„Wir fordern den Staat auf, die klassische Ehe und Familie nicht nur durch Gesetze und Verordnungen weiterhin aktiv zu fördern, sondern vermehrt Anreize zu schaffen, dass mehr Kinder geboren werden, ohne dabei auf die freie Entscheidung der Paare direkt einzuwirken. Weil die Erziehung der Kinder für uns höchste Priorität in der Lebensgestaltung von Eltern hat, wollen wir alles tun, um Ehen und Familien zu stärken. Zu den sozialen Aufgaben des Staates gehört es auch, Missbrauch und Vernachlässigung von Kindern zu unterbinden und jedem Kind – unabhängig von seiner sozialen Herkunft – beste Bildungschancen zu eröffnen.“*

*„Gott ist der Schöpfer und Erhalter allen Lebens. Von ihm her erhält jeder Mensch seine Würde. Leben darf deshalb nicht als Mittel zum Zweck missbraucht werden. Das Lebensrecht ist für uns ein nicht zu verhandelnder Wert und darf in unserer Gesellschaft nicht an Bedingungen geknüpft werden.“*

In der Stellungnahme bekennt sich die Evangelische Allianz auch zu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Sie fordert vom Staat eine nachhaltige Wirtschaftspolitik, eine an den wirklichen Bedürfnissen orientierte Entwicklungshilfe und verstärkte Anstrengungen gegen weltweite Armut. Hunderte von Sozialwerken im Rahmen der Allianz arbeiten heute schon an der Überwindung

der sozialen Nöte im In- und Ausland. Die Stellungnahme der Evangelischen Allianz umfasst zudem Fragen des Umweltschutzes und der Außenpolitik.

*„Die Verwaltung der Erde ist für uns kein Freibrief für ihre Ausbeutung. Der Mensch ist nicht Herr der Schöpfung, sondern ihr Verwalter. Wir beugen uns unter die Schuld, dass auch Christen in der Vergangenheit dem Raubbau an der Natur nicht genügend Einhalt geboten haben. Gott hat die Schöpfung in sein Erlösungshandeln mit hineingenommen (Römer 8,18-23). Obwohl nach christlichem Verständnis eine vollkommene Erde und ein vollkommenes Ökosystem erst mit der neuen Welt verbunden sind, gilt es schon hier und jetzt in unserer Zeit, verantwortungsvoll mit den Ressourcen umzugehen, die Gott uns Menschen anvertraut hat.“*

*„Das Heil, das Gott den Menschen durch Jesus Christus schenkt, ist das Zentrum unseres Glaubens und Lebens. Darum ist die Verkündigung des Evangeliums die erstrangige Aufgabe der Christen. Als Evangelische Allianz wissen wir aber auch um unsere Verantwortung für Staat und Gesellschaft. Weil Heil und Wohl zusammen gehören, hat das von Gott geschenkte Heil immer auch ethische Auswirkungen auf unsere irdische Existenz.“*

*„Als verantwortungsvolle Christen wollen wir unseren Beitrag dazu leisten, dass sich in unserem privaten Umfeld Gerechtigkeit und Versöhnung entfalten, Arme und Schwache geschützt, Familien erneuert, die Schöpfung gepflegt und Freiheit und Frieden ausgebreitet werden. Vor allem verpflichten wir uns zum regelmäßigen Gebet für alle Regierenden unseres Landes, damit Gott ihre Bemühungen um Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden gelingen lässt – zum Segen unseres Volkes und unserer Gemeinden.“*

Die Stellungnahme kann in gedruckter Form angefordert werden: Deutsche Evangelische Allianz e. V., Esplanade 5-10a, 07422 Bad Blankenburg, [Info@ead.de](mailto:Info@ead.de). Sie kann auch im Internet als pdf-Datei heruntergeladen werden: <http://www.ead.de/arbeitskreise/politik/downloads.html>.